

WIRKUNG AUF DIE ZUKUNFT

ABSTRACT

Potenzial(e) der Sozialwirtschaft?

Perspektiven für neue Formen der Daseinsvorsorge

Von **Nikolaus Dimmel** (Univ.Prof. / Universität Salzburg)

Die Sozialwirtschaft befindet sich in einem eigenartigen Spannungsverhältnis: sie hat hohen gesellschaftlichen Nutzen (Bearbeitung sozialer Probleme, Vermeidung sozialer Folgekosten) und Stellenwert (Arbeitsplätze, Wachstumsimpulse). Zugleich wird sie von den öffentlichen Financiers nicht als Partner, sondern als 'Erfüllungsgehilfe' behandelt. Sie ist gleichzeitig Arbeitgeber und sozialpolitischer Akteur. Sie ist formal (schuld-, haftungs- und unternehmensrechtlich) selbständig, material aber von den einseitig vorgegebenen Spielbedingungen der öffentlichen Hand abhängig. Sie ist bemüht, ihren gesellschaftlichen Nutzen etwa durch Outcome- und SROI-Analysen darzustellen. Postwendend aber verwandeln sich diese in ein Instrument des Controlling und eine zertifizierte Messgröße anlässlich der Vertragsverhandlung mit der öffentlichen Hand. Sie muss sich auf einem Sozialmarkt orientieren, auf dem Leistungen nach nicht-nachvollziehbaren Erwägungen ausgeschrieben und vergeben werden. Zugleich sind die Bedingungen der Leistungserbringung – vor allem im stationären Bereich – weitestgehend durch Gesetz und Verordnung vorgegeben.

Die Entwicklung von Perspektiven der Sozialwirtschaft im Rahmen sozialen Daseinsvorsorge hängt davon ab, ob und wie es ihr gelingt, (a) Eigeninteressen als Unternehmen, (b) Sozialschutzinteressen ihrer KlientInnen/KundInnen/NutzerInnen sowie (c) Interessen der Beschäftigten angemessen zu berücksichtigen. Die Sozialwirtschaft muss aus ihrer Defensivposition herauskommen, sozialpolitisches 'voicing' (Gehörtwerden) erlangen und ihre Anliegen wissenschaftlich fundiert lobbyieren.

Die Sozialwirtschaft steht aufgrund der hohen Arbeitslasten (Arbeitsverdichtung), Burn-Out-Risiken, der Erhöhung des Durchschnittsalters der Beschäftigten sowie des hohen 'job-turnover' in einigen Bereichen unter Druck. Sie muss über die Output-Perspektive öffentlicher Financiers (Leistungsdokumentation) hinaus eine Outcome-Perspektive etablieren.

Die Sozialwirtschaft lebt davon, ob und wie ihre KlientInnen/NutzerInnen Zugang zu Leistungen haben. Deshalb muss es ihr ein Anliegen sein, dass es verbürgten (Rechtsanspruch) und leistbaren (soziale Staffelung) Leistungszugang gibt. Hierzu muss die Sozialwirtschaft auf die Etablierung einer professionellen, standardisierten und partizipativen Sozialplanung drängen und Öffentlichkeit dafür schaffen.

Sozialwirtschaftliche Unternehmen benötigen mittelfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit. Zugleich muss die Frage der Gemeinnützigkeit sowie der Unternehmensrechtsform konstruktiv gelöst werden. Die Hülle des Vereins ebenso wie jene der GmbH, die durch finanzbehördliche Feststellung befristet gemeinnützig werden kann, ist den Herausforderungen nicht angemessen. Neue Formen der zivilgesell-

schaftlichen Mittelaufbringung in Sozialstiftungen müssen ermöglicht werden. Viele Sozialdienstleistungen könnten überdies genossenschaftlich organisiert werden.

Die Vermarktlichung von Sozialdienstleistungen durch Einräumung von Geldleistungen als Subjektförderung und die Umwandlung von KlientInnen in Laufkundschaft mit Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Dienstleistungsanbietern ist ebenso widersprüchlich wie ideologisch aufgeladen. Individuelle Autonomiegewinne stehen hier regelhaft erhöhten Auslastungs- und Bestandsproblemen in sozialwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber. Die Sozialwirtschaft muss sich in diesen Diskurs einmengen. Sie muss Strategien einer neoliberalen Vermarktlichung hinterfragen, insbesondere die Vergabe von Sozialdienstleistungen durch Anwendung des Vergaberechts. Sie muss den Nutzen eines ausufernden Controllings hinterfragen.

Der neoliberal inspirierte Rückbau des Wohlfahrtsstaates trifft sozialwirtschaftliche Unternehmen mehrfach. Eigenwirtschaftsquoten werden erhöht, Tagsätze nicht oder nur unzureichend angepasst, Leistungen gekürzt oder gestrichen. Dies zwingt die Sozialwirtschaft nicht nur dazu, sich als sozialpolitischer Akteur zu positionieren, sondern auch dazu, sich neu am regulierten Sozialmarkt zu orientieren. Marketing und Public Relation können dazu dienen, Spendenwirtschaft und Social Sponsoring effektiver zu gestalten, sich in die CSR-Strategien von For-Profit-Unternehmen einzuklinken. Dies wird aber nicht hinreichen, die wachsende Finanzierungslücke bedingt durch den (politisch entschiedenen und gestaltbaren) Rückzug der öffentlichen Hand zu schließen.

Neue Handlungsfelder erstrecken sich auf Praktiken des „Private Social Public Partnership“, in denen For-Profit-Unternehmen, Social-Profit-Unternehmen und die öffentliche Hand bei Erfüllung von Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge, vor allem im stationären Bereich, kooperieren. Sie erstrecken sich auf die Etablierung von Strukturen eines Dritten Arbeitsmarktes (gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung, dauerhafte Beschäftigung von am Arbeitsmarkt beeinträchtigten Personen) für Behinderte und Nicht-Behinderte. Zugleich eröffnen sich auch technologisch bedingt neue Möglichkeiten fließender Übergänge zwischen Fremdbetreuung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation insbesondere im demographischen Wandel (Senioren-Wohngemeinschaften, teilbetreutes Wohnen, Ambient Living Design). Schließlich steht die kapitalistische Ökonomie in mehrfacher Hinsicht vor einem Kollaps: dies betrifft nicht nur die Dominanz der Finanzwirtschaft über die realwirtschaftliche Produktion, sondern auch die Grenzen des Wachstums sowie den bereits absehbaren ökologischen Umbruch. Die Sozialwirtschaft hat aus historischen Gründen erhebliche Erfahrung, Ressourcen und Spielräume, um Beschäftigung und Bedarfsdeckung durch ökologisch sowie sozial verträgliche Dienstleistungserbringung zu verbinden. Für die Sozialwirtschaft ist Nachhaltigkeit keine Marketing-Strategie, sondern ein Merkmal der langjährigen Nutzung von Marktnischen. Die Sozialwirtschaft tut seit Jahren das, was nunmehr für Teile der gewinnorientierten Wirtschaft eine zentrale Herausforderung wird: sich auf regionale Wirtschaftskreisläufe einzustellen, wenn die Kosten der Globalisierung zu hoch werden. Hier liegen große Synergiepotentiale. Hier kann die Sozialwirtschaft ihre unmittelbar Anbindung an den For-Profit-Bereich vertiefen.

Damit eröffnen sich für die Sozialwirtschaft neue Handlungsspielräume. Die zu nutzen setzt freilich voraus, sich offensiv sozial- und arbeitsmarktpolitisch zu positionieren.